

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 36. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Juni 2014, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Regina Poersch (SPD)

i. V. von Serpil Midyatli

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Harmut Hamerich (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zum Strategieprozess Verbraucherzentralen</b>	<b>5</b>
<b>2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/1861</a>	
<b>b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)</b>	
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1747</a>	
<b>3. Netzneutralität stärken</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/852	
(überwiesen am 31. Mai 2013 an den <b>Innen- und Rechtsausschuss</b> und den Wirtschaftsausschuss)	
<b>4. Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1737</a>	
<b>5. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte - Europabericht 2013 - 2014</b>	<b>12</b>
<a href="#">Drucksache 18/1841</a>	
<b>6. a) Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/1725</a>	
<b>b) Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal</b>	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1730</a>	

- 
- |   |           |
|---|-----------|
| <b>7. AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen</b>                           | <b>14</b> |
| Antrag der Fraktion der CDU<br><a href="#">Drucksache 18/1474</a>   |           |
| <b>8. Gesamtstrategie für mehr Fairness und Sicherheit im Straßenverkehr</b>  | <b>16</b> |
| Bericht der Landesregierung<br><a href="#">Drucksache 18/1632</a>   |           |
| <b>9. Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche Infrastrukturprojektgesellschaft</b>        | <b>17</b> |
| Bericht der Landesregierung<br><a href="#">Drucksache 18/1809</a>   |           |
| <b>10. Landesliegenschaften: Parken und Laden für Fahrzeuge mit Elektroantrieb</b>                                      | <b>19</b> |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW<br><a href="#">Drucksache 18/1738</a> |           |
| <b>11. Verschiedenes</b>  | <b>20</b> |

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird mit der Maßgabe gebilligt, den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen, [Drucksache 18/1430](#), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 18/1588](#), den Bericht der Landesregierung zur Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/1371](#), den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Den Schleswig-Holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb, [Drucksache 18/1865](#) und den Antrag der Koalitionsfraktionen betreffend Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/1872](#), sowie den Antrag der Fraktionen von PIRATEN und FDP betreffend Verdeckte Radarkontrollen abschaffen - Sicherheit geht anders!, [Drucksache 18/1667](#) (neu), zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung zum Strategieprozess Verbraucherzentralen**

Herr Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie erläutert einleitend, dass es noch keine Ergebnisse im Strategieprozess gebe, er jedoch kurz die Eckpunkte des Strategieprozesses schildern wolle. Aufgrund einer Vereinbarung mit den Verbraucherzentralen von Dezember 2013 habe man sich mit diesen verständigt, eine institutionelle finanzielle Absicherung für die nächsten vier Jahre sicherzustellen. Der weitere und wichtigere Punkt sei, gemeinsam mit den Verbraucherzentralen einen Strategieprozess zu durchlaufen, der vom Wirtschaftsministerium finanziert werde. Der Prozess bestehe aus einer Analysephase, einer Auswertungsphase und aus einer Phase, in der Empfehlungen entwickelt würden, um langfristige Handlungsmöglichkeiten zu erfahren. Man bewege sich dabei zwischen der Forderung der Verbraucherzentralen nach einer hohen institutionellen Absicherung der Arbeit und dem Wunsch der Landesregierung, möglichst ressourcenschonend für die öffentliche Hand deren Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die Verlässlichkeit der Finanzierung im Einklang mit den Beschränkungen des Landeshaushalts sei wichtig. Man befinde sich mit der Verbraucherzentrale parallel zu der Unterstützung durch eine Unternehmensberatung im Gespräch. Im Bereich der Strategie zeichne sich ab, dass die Verbraucherzentrale den Prozess für sich als Chance wahrnehmen solle, die eigene Zukunftssicherung und die Verbesserung der Organisation zu erreichen. Im Bereich des Leistungsprogramms solle eruiert werden, inwieweit man sich den ständig verändernden Bedarfen anpassen könne und müsse. Das Thema Finanzen sei eines der Schlüsselthemen, zum Beispiel über die systematische Erschließung

neuer Einnahmequellen. Da es sich bei einem Großteil der Finanzierung um Projektfinanzierung handele, müsse auch darauf hingewirkt werden, dass die Projektadministration durch die Verbraucherzentrale geleistet werden könne und diese nicht überfordere. Ein wichtiger Punkt sei auch das Handlungsfeld der Personalentwicklung, in dem darauf geachtet werden müsse, dass die Kompetenz für die Verbraucherzentralen auch vor dem Hintergrund von Projektarbeit und häufig wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten erhalten bleibe. Die genannten Themen seien in Workshops erläutert worden und würden in einem Zwischenbericht Ende Juni zusammengefasst, der auch im Wirtschaftsausschuss dargestellt werden könne. Perspektivisch sei der Aspekt der Handlungsempfehlungen für die Zukunft sehr wichtig.

Abg. Magnussen interessiert sich besonders für den Bereich Energieberatung, in dem die Verbraucherzentralen sehr aktiv seien, in dem es aber auch weitere Akteure gebe, die Landesförderung enthielten. - Staatssekretär Müller-Beck unterstreicht, dass es im Strategieprozess genau darum gehe, die Frage zu beantworten, wie das Wechselspiel zwischen verschiedenen Anbietern sein könne. Die Frage stelle sich zudem, ob die Verbraucherzentrale in der Lage sei, bestimmte Projekte durchzuführen oder ob sie im Handling an ihre Grenzen stoße. Insgesamt seien strukturelle Antworten wichtiger als eine rein finanzielle Unterstützung.

Abg. Dr. Breyer unterstreicht die seiner Ansicht nach zentrale Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale und thematisiert die Einschränkung der Öffnungszeiten. Er bittet darum, dem Ausschuss den Bericht der Unternehmensberatungsgesellschaft zur Verfügung zu stellen, und erkundigt sich, inwieweit eine Fortführung der Energieberatung für einkommensschwache Haushalte auch in der zweiten Jahreshälfte durchgehend gesichert sei.

Staatssekretär Müller-Beck hebt hervor, dass die Energieberatung einkommensschwacher Haushalte ein Projekt des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sei. Er bietet dem Ausschuss an, über die weiteren Beratungen zu berichten, und weist auf ein Gespräch mit den verbraucherpolitischen Sprechern Anfang Juli hin. Er hebt hervor, dass die Managementaufgaben der Verbraucherzentralen von der Komplexität her mit denen eines mittelständischen Unternehmens vergleichbar seien. Besonders komplex sei, dass sich die Finanzierung der Verbraucherzentralen aus unterschiedlichen Töpfen speise. Dies sei an sich eine große unternehmerische Herausforderung. Auch vor dem Hintergrund, dass sich diese komplexe Herausforderung zukünftigen voraussichtlich nicht verändern werde, müsse man darauf strategisch reagieren.

Auf eine Frage des Abg. Dornquast zum voraussichtlichen Abschluss der Konzeptentwicklungsphase unterstreicht Staatssekretär Müller-Beck, dass er den Abschluss der konzeptionel-

len Phase für Mitte Juli erwarte. - Abg. Dornquast regt an, das Thema in der Augustsitzung wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf eine Frage der Abg. Poersch zur Sicherung der Projektfinanzierung führt Staatssekretär Müller-Beck aus, dass diese häufig nur jährlich gewährt werde und immer wieder verlängert werden müsse, auch wenn dies schon über viele Jahre immer wieder geschehen sei. Es sei nicht absehbar sei, dass sich dieser Zustand ändern werde, insofern sei es umso wichtiger, sich auf diese systemimmanente Eigenschaft der Finanzierung auch strategisch einzustellen.

Abg. Voß weist auf die lange Tradition der unsicheren Finanzierung hin, die schon vor 12 Jahren zu ähnlichen Diskussionen wie heute geführt hätte. Ihn interessiert, ob sich auf den Verbraucherministerkonferenzen eine Veränderung hin zu seiner Stabilisierung der Finanzierung aus Bundesmitteln abzeichne. - Staatssekretär Müller-Beck betont, dass die Signale hoffen ließen und das politische Bekenntnis da sei, in diesem Bereich die Situation strukturell zu verbessern.

Abg. Dr. Breyer interessiert, ob die Landesregierung auch offen für Empfehlungen des Gutachtens im Hinblick auf die Finanzierung sei, sollte das Gutachten zu dem Schluss kommen, dass der Anteil der Finanzierung durch das Land erhöht werden müsse. - Staatssekretär Müller-Beck unterstreicht, dass ein wichtiges Ergebnis des Gutachtens sein solle, an welcher Stelle wer Verantwortung tragen müsse. Aus den Ergebnissen des Gutachtens werde sich auch die Verantwortung des Landes im Hinblick auf die Maßnahmen ableiten. Die Erhöhung von Titeln allein sei aus seiner Sicht jedoch nicht die einzige Lösungsmöglichkeit.

Auf eine Frage des Abg. Dornquast zum Stand der Beantragung der Programme führt Staatssekretär Müller-Beck aus, dass dieser sehr unterschiedlich bei den unterschiedlichen Programmen sei. Das ELER-Programm sei das komplexeste. Man hoffe, dass im Laufe des Jahres die Programme genehmigt würden. Beim EFRE würden derzeit noch Fragen mit der EU-Kommission geklärt werden. Der Genehmigungsstand beim ESF sei bis jetzt am weitesten fortgeschritten, allerdings habe die Landesregierung auf den weiteren Fortgang keinen Einfluss.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Breyer bestätigt Staatssekretär Müller-Beck, dass aus dem EFRE keine Förderfähigkeit bestehe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/1861](#)

**b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1747](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Zu seinem eigenen Antrag interessiert Abg. Dr. Breyer, ob es denkmalschutzrechtliche Bedenken gebe, die einer Zurverfügungstellung von Dachflächen für drahtlosen Internetzugang entgegenstünden.

Herr Klindt, Leiter des Referats Gebäudemanagement, staatlicher Hochbau und Liegenschaften im Finanzministerium, unterstreicht, dass die Installation einzelner Komponenten für die Freifunktechnik wenig aufwendig sei, da auch die Geräte sehr klein seien. Insofern gehe er davon aus, dass es keine denkmalpflegerischen Auflagen gebe. Auf eine Nachfrage zu Installationsmöglichkeiten unterstreicht Herr Klindt, dass neben der denkmalschutzrechtlichen und baufachlichen Komponente auch ein Aufwand durch Installation und Wartung der Geräte entstehe, der nicht durch beliebiges Personal bewältigt werden könne. Dieser Aufwand müsse bei der weiteren Entscheidung, wie man dort vorgehen wolle, berücksichtigt werden. Darüber hinaus müsse auch eine vergaberechtliche Prüfung erfolgen, falls man nur mit einem Bieter ins Gespräch kommen werde.

Abg. Dr. Breyer präzisiert, dass es in dem Antrag seiner Fraktion darum gehe, die Dächer für nicht kommerzielle Angebote kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In Berlin gebe es einen Beschluss des Abgeordnetenhauses, der in eine ähnliche Richtung ziele und sich auch auf die nicht kommerziellen Anbieter bezöge. Wichtig sei, dass klargestellt werde, dass keine Gebühren erhoben würden. Aus diesem Grunde sei seiner Ansicht nach auch Vergaberecht nicht einschlägig.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Herkunft des Geldes für das Sondervermögen erläutert Staatssekretär Müller-Beck, dass es sich um frisches Geld handele, das über mehrere Jahre zur Verfügung gestellt werden solle. Mit dem Sondervermögen bestehe auch die Möglichkeit, im Laufe der Laufzeit die Wirkungsweise zu überprüfen und gegebenenfalls nachzujustieren. Mit dem Instrument des Sondervermögens solle zudem der Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein flankiert werden.

Abg. Dornquast merkt kritisch an, dass die Bereitstellung des Geldes bereits für den Haushalt 2014 beschlossen worden sei, und er stellt fest, dass aus seiner Sicht bereits einige Zeit verloren worden sei.

Der Ausschuss stellt seine weiteren Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1747](#), zurück.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Finanzausschusses empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, [Drucksache 18/1861](#).

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Netzneutralität stärken**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/852

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den  
Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, dem Landtag den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Netzneutralität stärken, [Drucksache 18/852](#), in der Fassung des [Umdrucks 18/2739](#) zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1737](#)

(überwiesen am 10. April 2014)

Abg. Dr. Breyer weist auf seiner Ansicht nach bestehende Formulierungsungenauigkeiten in [Umdruck 18/3004](#) hin und stellt die Frage, ob das Land plane, Einkommensgrenzen festzulegen. - Dies bestätigt Staatssekretär Müller-Beck.

Den Vorsitzenden interessiert für seine Fraktion, ob sich die Regelung auch auf deutsche Staatsangehörige beziehe, die im Ausland einen Abschluss erworben hätten, was von Staatssekretär Müller-Beck bejaht wird. Dieser erläutert weiter, man kalkuliere auf der Basis der Erfahrungen anderer Länder Kosten in Höhe von 20.000 € Das Gesetz enthalte eine kurzfristige Evaluation auch deshalb, weil zurzeit nicht abschätzbar sei, wie viele Fälle es geben werde. Insgesamt sei die Regelung ein Baustein, um den Zugang zum Arbeitsmarkt auch für ausländische Arbeitskräfte zu erleichtern.

Abg. Dr. Breyer interessiert sich in dem Zusammenhang der Anerkennung für nicht reglementierte Berufe. - Staatssekretär Müller-Beck erläutert anhand einiger Beispiele, welche Berufe darunterfielen. Insgesamt handele es sich um eine lange Liste an Berufen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und PIRATEN beschließt der Ausschuss die Annahme des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/3004](#) (neu).

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des so geänderten Antrags der Koalitionsfraktionen betreffend Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/1737](#).

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte -  
Europabericht 2013 - 2014**

[Drucksache 18/1841](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den **Europaausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Europabericht 2013-2014 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**a) Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1725](#)

**b) Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal**

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1730](#)

(überwiesen am 11. April 2014)

Auf eine Frage des Vorsitzenden zum aktuellen Sachstand führt Herr Wollny, Leiter des Referats Verkehrspolitik, Verkehrsrecht und Luftfahrt im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, aus, dass man noch auf das von der Bundesregierung angekündigte Gutachten warte. Man habe die ersten Gespräche mit dem Bund geführt und sei sich einig, die Planungen für ein Ersatzbauwerk aufnehmen zu wollen. Man hoffe, dass man noch vor der Sommerpause das Gutachten erhalte, um dann daraus weitere Schritte ableiten zu können. Die Situation an der Brücke sei nach wie vor unverändert, für den normalen Verkehr sei sie freigegeben, Schwertransporte könnten sie jedoch nicht überqueren. Das Land wolle - anders als der Bund - auch andere Optionen als ein reines Ersatzbauwerk für die Autobahnbrücke in Erwägung ziehen. Der Bund gehe bei der Eisenbahnhochbrücke in Rendsburg jedoch von einer Ertüchtigung auch über die nächsten 30 bis 40 Jahre hinaus aus, insofern habe aus Sicht des Bundes ein Kombinationsbauwerk nicht oberste Priorität.

Abg. Dr. Breyer interessiert, wie die Landesregierung die Möglichkeit einschätze, eine Finanzierung außerhalb des Bundesverkehrswegeplans zu erreichen. - Herr Wollny führt dazu aus, dass genau dieser Punkt in den Gesprächen mit dem Bund geklärt werden solle. Erfreulich sei, dass der Bund signalisiert habe, dass das Land in die Planung eines Ersatzbauwerks einsteigen könne.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden unterstreicht Herr Wollny, dass die Finanzierung auch von der Frage der genauen Ausgestaltung des Bauwerks abhängen. In diesem Punkt bestünden, wie bereits erwähnt, unterschiedliche Auffassungen zwischen Bund und Land.

Den Vorsitzenden interessiert für seine Fraktion, ob bereits auf Minister- oder Staatssekretärsbene Termine für Gespräche bezüglich der Rader Hochbrücke vereinbart worden seien. - Staatssekretär Dr. Nägele erläutert dazu, dass bisher keine Notwendigkeit für Staatssekretärs- oder Ministergespräche gesehen worden sei, da auf Arbeitsebene die Gespräche wunschgemäß verliefen. Man sei derzeit guter Dinge, zeitnah alle notwendigen Entscheidungen treffen zu können, um mit der Planung zu beginnen. Er unterstreicht, dass auch vor dem Hintergrund des zu beplanenden Zeitraums eine Verzögerung von unter einem Monat bei der Vorlage des Gutachtens nicht weiter ins Gewicht falle. Er kündigt an, dass Minister Meyer selbst den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über den Stand der Dinge informieren werde.

Abg. Magnussen interessiert, ob auch eine Sanierung der Rader Hochbrücke infrage komme. - Staatssekretär Dr. Nägele weist drauf hin, dass eine Sanierung aufgrund der Konstruktion und der damals beim Bau verwendeten orthotropen Platte nur unter der Bedingung möglich sei, dass der Verkehr für die Sanierungszeit komplett stillgelegt werde. Insofern handele es sich dabei nicht um eine Option, die die Landesregierung in Erwägung ziehe. Er weist darüber hinaus darauf hin, dass der Landtag der Landesregierung den Auftrag erteilt habe, eine Kombinationslösung aus Straße und Schiene zu prüfen. Diese Aufgabe werde vom LBV übernommen, wenn der Bund die Gutachten endgültig bestätigt habe. Dieses Vorgehen ergebe sich aus der Tatsache, dass der Bund Eigentümer der Brücke sei. Zu den Kosten könne man nur sehr grobe Schätzungen abgeben, er gehe von Kosten im dreistelligen Millionenbereich aus.

Staatssekretär Dr. Nägele erläutert auf eine Anmerkung des Abg. Neve zu einer möglichen Verzögerung zum Beispiel durch Klagen oder beim Bau, dass das Land alles im rechtlichen Rahmen Mögliche tun werde, um dieses Verfahren schnellstmöglich abzuschließen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP betreffend Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke, [Drucksache 18/1725](#).

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal, [Drucksache 18/1730](#).

Punkt 7 der Tagesordnung:

**AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1474](#)

(überwiesen am 23. Januar 2014)

hierzu: [Umdruck 18/2379](#) (neu)

Einstimmig empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktion der CDU betreffend AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen, [Drucksache 18/1474](#), in der durch [Umdruck 18/2379](#) (neu) einstimmig geänderten Fassung.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Gesamtstrategie für mehr Fairness und Sicherheit im Straßenverkehr**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1632](#)

(überwiesen am 19. März 2014 zur abschließenden Beratung)

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche Infrastrukturprojektgesellschaft**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1809](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014)

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Breyer sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, das in dem Bericht der Landesregierung erwähnte Gutachten der Investitionsbank dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 18/3170](#)).

Abg. Dr. Breyer regt an, eine Anhörung zu der Frage durchzuführen, ob das Modell sinnvoll sei. Ihn interessiert darüber hinaus der Aspekt des Beihilferechts. - Dazu führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass in beihilferechtlicher Hinsicht die Neutralität einer entsprechenden Gesellschaft im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien gründlich geprüft werden müsse. Dabei sei nach erster Prüfung zu konstatieren, dass beispielsweise die Femern A/S als Infrastrukturgesellschaft, die sich nur auf ein Infrastrukturprojekt beziehe, auf die Beihilferegelung angerechnet werden müsse, während dies bei anderen Infrastrukturgesellschaften anders gelagert sei.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Breyer hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass es einen gravierenden Unterschied zum UKSH gebe. In jenem Fall handele es sich um ein ÖPP-Projekt, in dem hier vorliegenden Fall handele es sich um eine staatliche Infrastrukturgesellschaft, deren Aufgabe es sei, ein staatliches Infrastrukturprojekt zu verwirklichen. Richtig sei, dass ein Bundesgesetz geändert werden müsse, da der Bund bisher entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten nicht vorsehe. Es sei aus Sicht des Landes aber eine Infrastrukturgesellschaft, die vom Bund getragen werde, weil dieser auch Eigentümer der Infrastruktur werde.

Seinen Antrag auf Durchführung einer Anhörung begründend führt Abg. Dr. Breyer aus, dass die Landesregierung angekündigt habe, nicht nur beim Bund darauf hinzuwirken, dass eine entsprechende Infrastrukturgesellschaft eingerichtet werde, sondern gegebenenfalls auch eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen zu wollen. In einer Anhörung könne man Stellungnahme der EU-Kommission auch zur Beihilfe Problematik, des zuständigen Rechnungshofs sowie der dänischen Verkehrsplaner einholen. Es gehe dann auch darum, ob das Projekt verkehrsplanerisch sinnvoll sei.

Auf Fragen des Vorsitzenden für seine Fraktion zum Vorgehen der Landesregierung unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass man das Thema seit eineinhalb Jahren bearbeite. Es seien bereits Gespräche mit Verkehrsminister Ramsauer geführt worden, dieser Dialog werde mit Verkehrsminister Dobrindt fortgeführt. Darüber hinaus habe - so führt Staatssekretär Dr. Nägele weiter aus - habe er das Gutachten seinem Kollegen auf Bundesebene, Herrn Staatssekretär Ferlemann, zugeschickt. Man warte zurzeit auf eine Stellungnahme des Bundesministeriums, Bedenken vonseiten des Bundesministeriums seien ihm nicht bekannt. Der Weg bis zu einer Realisierung sei jedoch in der Tat denkbar weit.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung die Vorlage weiter zu beraten und über die Durchführung einer Anhörung zu entscheiden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Landesliegenschaften: Parken und Laden für Fahrzeuge mit Elektroantrieb**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1738](#)

(überwiesen am 15. Mai 2014)

Herr Klindt aus dem Finanzministerium unterstreicht, dass die Landesregierung ein hohes Interesse daran habe, E-Mobilität zu fördern. Diesem Ziel könne auch die Aufstellung von Ladesäulen dienen. Man werde im Rahmen einer Konzepterstellung die technischen Voraussetzungen und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Ladeinfrastruktur prüfen. Ein entsprechendes Konzept werde der Landesregierung vorgelegt, die dieses dann umsetzen könne.

Auf eine Frage des Abg. Magnussen zum Zusammenhang der Aktivitäten der Landesregierung mit dem Bundesprogramm „Schaufenster Elektromobilität“ führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass dies zunächst nichts miteinander zu tun habe, beim Bundesprogramm gehe es um eine industriepolitische Strategie.

Abg. Magnussen warnt davor, eine Insellösung für Schleswig-Holstein zu schaffen, da Industriepolitik auch immer mit Normung zu tun habe und es aus seiner Sicht nicht ratsam sei, eine gänzlich eigene Strategie zu verfolgen. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass man das Projekt ausschreiben werde und sich die Betreiber darum bewerben würden. Der Landesregierung bekannt sei, dass es Normierungsüberlegungen auf EU-Ebene gebe. Man gehe davon aus, dass es bald eine Lösung geben werde. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass außerhalb von Schnellladesystemen ein Schukostecker ausreiche.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Antrags [Drucksache 18/1738](#).

Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

In der Diskussion um die Einladung des niedersächsischen Verkehrsministers zum Thema Fährverbindung Cuxhaven-Brunsbüttel unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass die egeb, die ebenfalls Auftraggeber der Studie sei, über den gleichen Informationsstand wie die niedersächsische Landesregierung verfüge.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer